

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Motion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Bern setzt sich die «2000-Watt-Gesellschaft» zum mittelfristigen Ziel; Fristverlängerung

Am 15. Oktober 2009 hat der Stadtrat folgende Motion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB) erheblich erklärt:

Die Senkung des Energieverbrauchs pro Kopf ist ein breit abgestütztes Ziel. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort zum Postulat «Auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft»¹ vom 16. September 2009 schreibt, ist die Realisierung der 4000-Watt-Gesellschaft für Bern bis zum Jahr 2035 realistisch, wofür rund ein Drittel des heutigen Energieverbrauchs eingespart werden müsste. Auch die Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft ist aufgrund verschiedener Studien technologisch machbar, sofern die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen umgesetzt werden. Für den Gemeinderat handelt es sich dabei um eine «mittelfristige Vision» mit einem Zeitraum von 50 bis 100 Jahren. Der Gemeinderat erachtet die 2000-Watt-Gesellschaft nur für realisierbar, wenn eine internationale, nationale und interkommunale Zusammenarbeit erfolgt. In die gleiche Richtung gehen auch andere Städte wie Zürich, Basel, Genf und auch diverse Kantone wie z.B. Bern oder Freiburg.

Die Stadt Bern hat im Bereich Energie bereits einige Innovationen und auch eine Vorreiterrolle aufzuweisen (erste grosse Energiestadt der Deutschschweiz, Atomausstieg als erklärtes Ziel auf das Jahr 2039, Realisierung eines Energierichtplans, Aktion 100 Solardächer, Klimaplattform mit der Wirtschaft, Gebäudesanierungsprogramm etc.). Aufgrund all dieser Aktivitäten hat die Stadt Bern das Potential sich weiterhin als Pionierstadt im Bereich Klima und Energieeffizienz zu positionieren. Aus diesem Grund (und in Anerkennung der bereits geleisteten oder eingeleiteten Massnahmen und Projekten) erscheint es sinnvoll, dass sich die Stadt für die mittel- und langfristige Zukunft ambitionierte Ziele setzt. Dafür soll die Verringerung des Energieverbrauchs in der Gemeindeordnung als Zielvorhabe verankert und die dafür notwendigen Mittel für die Realisierung geschaffen werden. Dabei sind insbesondere auch der Nutzen und die Potentiale für die Stärkung der Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Region Bern einzubeziehen. Die Wichtigkeit das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung zu verankern, zeigt auch die Studie des Büros INFRAS auf, welche in einer Potentialanalyse für die Region Bern rund 300 neue Arbeitsplätze im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz für realistisch hält.²

1. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche eine Änderung der Gemeindeordnung in dem Sinne vorsieht, damit die Verringerung des Energieverbrauchs im Sinne der «2000- Watt-Gesellschaft» als Ziel in der GO verankert wird.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die konkrete Umsetzbarkeit dieses Ziels und die notwendigen politischen Entscheide dafür aufzeigt. Für notwendige Entscheide im Kompetenzbereich von Stadtrat und Stimmbevölkerung sind die notwendigen Beschlüsse zu unterbreiten.

¹ Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Klimafreundliche Stadt Bern (1) auf dem Weg zur 2000-Watt Gesellschaft; <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2009/2009-10-1 07.7878180428/file>

² Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB) vom 6.9.2007: Klimafreundliche Stadt Bern (3): Energieeffizienz schafft Beschäftigung und Arbeitsplätze: Potentialanalyse für Bern (07.000312) <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2009/2009-10-07.6939989221/file>

3. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Kreditvorlage für die Schaffung der notwendigen personellen Ressourcen für die mittelfristige Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft vorzulegen. Neben der fachlichen Ebene soll auch die Kommunikation und Sensibilisierung für die Idee in der breiten Bevölkerung berücksichtigt werden.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt für die Konzeption und Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft eine enge Zusammenarbeit mit anderen Städten (z.B. über den Schweizerischen Städteverband), wenn nötig auch international und mit interessierten Gemeinden von Region oder Kanton Bern zu suchen und dabei Synergien zu nutzen.

Bern, 15. Oktober 2009

Motion Fraktion GB/JA! (Nathalie Imboden/Urs Frieden, GB), Aline Trede, Hasim Sancar, Cristina Anliker-Mansour, Christine Michel, Emine Sariaslan, Rahel Ruch, Lea Bill, Stéphanie Penher

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen der Motion, dass der Energieverbrauch deutlich reduziert werden muss. Damit die Ziele des Konzepts der 2000-Watt-Gesellschaft, 100 Prozent erneuerbare Energie, Netto-Null-energiebedingte Treibhausgase und 2000 Watt Primärenergieverbrauch erreicht werden können, reichen auf Freiwilligkeit basierende Vereinbarungen nicht aus. Es braucht verbindliche Ziele und Massnahmen, die kontrolliert werden können. Nur so können die CO₂-Emissionen weiter gesenkt und der Erwärmung des Klimas Einhalt geboten werden.

Massnahmen auf städtischer Ebene

Der Gemeinderat hat bereits 2014 mit dem behördenverbindlichen Richtplan Energie und 2015 mit der Energie- und Klimastrategie 2025 die Weichen gestellt, um das Klima effizienter zu schützen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Der Gemeinderat überprüft die Wirkung seiner Massnahmen alle zwei Jahre. Und die Massnahmen wirken: Die Pro-Kopf-Emissionen in der Stadt Bern konnten in den letzten acht Jahren um rund eine Tonne CO₂ auf fünf Tonnen pro Kopf (inkl. internationalen Flug- und Schiffsreisen) reduziert werden. Die territorialen CO₂-Emissionen konnten in derselben Zeit in der Stadt Bern um rund 15 Prozent reduziert werden. Bei der Wärmeversorgung wurden die Emissionen seit 2008 sogar um 28 Prozent reduziert. Die Herausforderungen bei der Umsetzung nehmen aber zu und der Handlungsbedarf bleibt gross. Dies bestärkt den Gemeinderat darin, den eingeschlagenen Weg noch konsequenter zu gehen.

Aus diesem Grund hat der Gemeinderat am 22. Mai 2019 den erweiterten Handlungsplan Klima verabschiedet. In diesem Handlungsplan sind 22 zusätzliche, teilweise einschneidende Massnahmen aus allen Bereichen des städtischen Lebens enthalten. Alle führen zu einer Beschleunigung der Reduktion der CO₂-Emissionen. Dies ist ein wichtiger Schritt, fehlt der Stadt Bern doch mit der Ablehnung der Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes am 11. Februar 2019 und dem Wegfallen der Möglichkeit des Verbots von Ölheizungen ein wichtiger Hebel für eine erneuerbare Wärmeversorgung. Die Stadt befindet sich beim Klimaschutz in einer Abhängigkeit zur übergeordneten Gesetzgebung und muss bei fehlenden gesetzlichen Möglichkeiten nach Alternativen zur Reduktion der CO₂-Emissionen suchen.

Im Rahmen der Überarbeitung der Energie- und Klimastrategie für den Zeithorizont 2026 bis 2035 werden die bestehenden Ziele noch einmal deutlich verschärft werden. Der Gemeinderat strebt bereits bis 2035 eine Reduktion der städtischen, territorialen CO₂-Emissionen ohne Kompensation durch den Kauf von Klima-Zertifikaten auf eine Tonne pro Person und Jahr an. Dazu ist eine mög-

lichst CO₂-freie Mobilität und Wärmeversorgung notwendig. Auch die anderen Ziele werden dahingehend überarbeitet werden, dass die Stadt Bern ihren CO₂-Ausstoss maximal möglich reduziert.

Übergeordnet dient die Umsetzung der Massnahmen der Energie- und Klimastrategie auf dem Gebiet der Stadt Bern der Erfüllung des Ziels des Bundesrats einer klimaneutralen Schweiz bis 2050 und damit der Umsetzung des internationalen Klimaübereinkommens von Paris, welches die globale Klimaerwärmung auf maximal 1,5°C gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzen will. Mit den Zielsetzungen des Gemeinderats bis 2035 leistet die Stadt Bern bereits frühzeitig einen maximalen Beitrag sowohl an das bundesrätliche Netto-Null-Ziel als auch an die internationalen Vereinbarungen von Paris, welche beide erst bis 2050 umgesetzt sein müssen.

Die beiden Zielsetzungen sind auch in der «Klima- und Energie-Charta Städte und Gemeinden» des Klimabündnisses der Schweiz im März 2020 enthalten, welche der Gemeinderat im März 2020 unterzeichnet hat und die der Charta des Konzepts der 2000-Watt-Gesellschaft entspricht. Der Gemeinderat anerkennt mit der Unterzeichnung den Klimawandel als eine der grössten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Er bekennt sich zu den Pariser Klimazielen und unterstützt den Bundesrat in seiner im August 2019 beschlossenen Zielsetzung, die Treibhausgasemissionen der Schweiz bis 2050 auf netto Null zu reduzieren. Er bekräftigt seinen Willen, seine Anstrengungen im Rahmen seines Handlungsspielraums und der eigenen Möglichkeiten entlang ambitionierter Handlungsleitsätze zu erhöhen und erfüllt damit auch das Anliegen der Klimajugend, welche im Rahmen der Klimabewegung weitergehende Anstrengungen gefordert hat.

Umsetzung der übergeordneten Zielsetzungen auf städtischer Ebene

Die Anerkennung des Klimawandels als grösste globale Herausforderung genügt jedoch nicht. Damit die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens auf städtischer Ebene verbindlich festgelegt werden können, erarbeitet der Gemeinderat ein Klimareglement, welches dem Stadtrat im nächsten Jahr zur Verabschiedung unterbreitet werden soll. Grundsatz des neuen Klimareglements ist, dass die Stadt Bern das Pariser Klimaübereinkommen vom 12. Dezember 2015 auf ihrem Stadtgebiet umsetzt. Basis für das Reglement sind die Zielsetzungen des Energierichtplans und der Energie- und Klimastrategie, welche auf eine konsequente Substitution der fossilen Energien setzt. Mit dem Reglement erhalten die beiden bestehenden Instrumente eine zusätzliche Verbindlichkeit.

Im neuen Klimareglement soll auch ein verbindlicher Absenkpfad mit Zwischenzielen für die gesamte Stadt Bern definiert werden. Mit der Verankerung der Klimaneutralität und den entsprechenden Absenkpfeilen im Klimareglement wird eine Verbindlichkeit und Konkretisierung erreicht, die mit der Aufnahme der Vision der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung nicht gewährleistet werden kann.

Aufgrund der Abhängigkeit der Stadt Bern von übergeordneten Gesetzgebungen erwartet der Gemeinderat zusätzlich, dass sich auch der Bund und der Kanton ambitionierte Zwischenziele setzen und die Gesetzgebungen dahingehend anpassen, dass die Gemeinden in ihren Bemühungen unterstützt werden und es ihnen rechtlich ermöglicht wird, weitergehende Massnahmen umsetzen zu können.

Fazit

Die Stadt Bern ist sich der grossen Herausforderungen im Klimaschutz bewusst. Es braucht Anstrengungen auf allen politischen Ebenen und die Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um diese zu meistern. Mit der Erarbeitung des Klimareglements wird die Forderung der Motion nach einer Reduktion des Energieverbrauchs verbindlich festgesetzt. Es wird ein Absenkpfad definiert, der die maximale Wirkung hinsichtlich der Umsetzung des Klimaübereinkommens von Paris beinhaltet. Wird jedoch die 2000-Watt-Gesellschaft als Vision in die Gemeindeordnung aufgenommen, fehlt ihr einerseits die Verbindlichkeit und andererseits kann die Zieler-

reichung nicht kontrolliert werden. Aus diesem Grund erachtet der Gemeinderat ein Klimareglement als geeignet für die Umsetzung des Hauptanliegens der Motion. Da das Reglement vom Stadtrat noch nicht verabschiedet worden ist, wird für die Erfüllung der Motion eine nochmalige Fristverlängerung bis Mitte 2022 beantragt.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Bern setzt sich die «2000-Watt-Gesellschaft» zum (mittelfristigen) Ziel; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Mitte 2022 zu.

Bern, 2. September 2020

Der Gemeinderat